

**Kleine Anfrage****Yanki Pürsün (Freie Demokraten)****Wie setzt die Landesregierung einen präventionszentrierten Paradigmenwechsel in der hessischen Suchtpolitik um?****Vorbemerkung:**

Der Sucht- und Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Dr. Hendrik Streeck, hat einen Paradigmenwechsel in der Suchtpolitik gefordert. Prävention, Früherkennung und frühe Therapie müssten gestärkt werden, bevor Abhängigkeit, gesundheitliche Folgeschäden und soziale Not entstehen. Im Mittelpunkt stehen unter anderem bessere Prävention für junge Menschen, der Umgang mit jugendaffinen Nikotinprodukten, strengere Regelungen beim begleiteten Trinken ab 14 Jahren sowie eine bessere Vorbereitung auf neue Risiken durch synthetische Opioide wie Fentanyl. Auch in Hessen stellen sich diese Fragen konkret. Das Land verweist auf ein Netz aus ambulanten Suchtberatungsstellen, lokalen Fachstellen für Suchtprävention, über 550 Suchtselbsthilfegruppen und eine Landeskoordination für Glücksspielsucht.

Gleichzeitig zeigen aktuelle Entwicklungen, dass Prävention und niedrigschwellige Hilfe weiter gestärkt werden müssen. In Frankfurt wurde Anfang 2025 Fentanyl als Beimischung im Straßenheroin festgestellt. Zudem wurden im Jahr 2024 in Hessen 529 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 20 Jahren wegen Alkoholmissbrauchs stationär behandelt.

Aus freiheitlicher Sicht muss Suchtpolitik Menschen früher erreichen, Risiken ehrlich benennen, Eigenverantwortung durch Bildung stärken und Hilfesysteme verlässlich finanzieren. Prävention darf nicht erst beginnen, wenn Abhängigkeit, soziale Not oder gesundheitliche Schäden bereits eingetreten sind.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Forderung nach einem präventionszentrierten Paradigmenwechsel in der hessischen Suchtpolitik?
2. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung zur Stärkung früher Hilfen für suchtfährdete junge Menschen?
3. Wie will die Landesregierung Lebenskompetenzprogramme zur Suchtprävention an hessischen Schulen ausbauen?
4. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Verbreitung von Fentanyl in Hessen vor?
5. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zur besseren Früherkennung synthetischer Opioide in Hessen?
6. Wie bewertet die Landesregierung die Versorgungslage der ambulanten Suchthilfe in Hessen?
7. Welche Initiativen unterstützt die Landesregierung zum besseren Schutz junger Menschen vor jugendaffinen Nikotinprodukten?
8. Wie bewertet die Landesregierung eine Abschaffung des begleiteten Trinkens ab 14 Jahren?

9. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Prävention von Medikamentenmissbrauch in Hessen?
10. Wie will die Landesregierung die Datenlage zu Suchterkrankungen und Suchtrisiken in Hessen verbessern?

Wiesbaden, 12. Juni 2026



Yanki Pürsün